



An den Vorsitzenden
des Digitalisierungsausschusses
Herrn Manuel Jeschka

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 01.06.2021

AN/1236/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Digitalisierungsausschuss	07.06.2021

Sachstand Digitalisierungsprogramm

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des Digitalisierungsausschusses am 07.06.2021 zu setzen.

Ende 2018 wurde dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen das Digitalisierungsprogramm für die Jahre 2019 bis 2022 vorgestellt. Ziel des Programms ist es, mit digital gestützten Maßnahmen für die Bürger*innen und Unternehmen Verbesserungen hinsichtlich der Verwaltungsleistungen zu erreichen.

In den letzten Tagen berichteten verschiedene Medien über lange Wartezeiten für Termine, Probleme bei der Erreichbarkeit und Softwareschwierigkeiten bei verschiedenen Servicestellen der Stadt. Im Fall der Ausländerbehörde kann dies extrem negative Auswirkungen haben, wie u.a. der KStA am 22.05.2021 berichtete. Die Probleme bei der Führerscheinstelle sind verwunderlich, denn im Rahmen der Debatte um den Antrag der SPD-Fraktion „Führerscheinumtausch online ermöglichen“ (AN/0581/2019) kündigte die Verwaltung an, dass das Thema „Führerscheinantrag Online“ im Rahmen des Digitalisierungsprogramm 2019-2022 projektiert sei – mit dem Ziel, eine Online-Lösung zur Verfügung zu stellen. Gegenüber dem KStA vom 05.05.2021 erklärte die Verwaltung hingegen, dass wegen der Vielzahl der Fahrerlaubnisse und des damit einhergehenden Beratungsaufwandes Termine nicht online gebucht werden können. Man teste aber zurzeit eine Software, die den Vorgang der Erstbeantragung durch eine Online-Terminvergabe ermögliche.

Damit Führerscheine und Fahrerlaubnisse direkt online beantragt werden könnten, bedürfe es weiterer Abstimmungsprozesse zwischen dem Bund, dem Land und den Kommunen und eventuell Gesetzesänderungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie weit ist das Digitalisierungsprogramm 2019-2022 vorangeschritten? (Wir bitten um einen Sachstandsbericht zu den dort aufgeführten Vorhaben.)
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, Engpässe beim Bürger*innenservice oder der Ausländerbehörde zu beheben, und welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen?
3. Welche Digitalisierungsprozesse der Dienstleistungen des Bürger*innenservices bedürfen noch weiterer Abstimmungsprozesse oder gesetzlicher Rahmenänderungen?
4. Teilweise gibt es einfache Anliegen von Bürger*innen. Es gab die Anregung, dass die Verwaltung den Pflegewohngeld-Antrag zum Download zur Verfügung stellt. Dies ist in anderen Kommunen der Fall. Nach welchen Kriterien werden Anträge zum Download veröffentlicht oder zurückgehalten?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer